Merkblatt zur Verzichtserklärung

1. Wo finde ich gesetzliche Vorschriften zur Verzichtserklärung?

Die Verzichtserklärung ist in § 26 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) normiert.

2. Welches sind die konkreten Voraussetzungen?

- a) Sie müssen mehrere Staatsangehörigkeiten besitzen.
- b) Sie dürfen in keinem aktiven Dienst- oder Amtsverhältnis im öffentlichen Dienst stehen. Dazu zählt die Tätigkeit als Beamter, Richter, Soldat oder sonstige Tätigkeit mit Ausnahme des Ehrenamtes.
- c) Ebenso dürfen Sie nicht wehrpflichtig sein, solange nicht das Bundesministerium der Verteidigung oder die von ihm bezeichnete Stelle erklärt hat, dass keine Bedenken gegen die Genehmigung der Verzichtserklärung bestehen. Dies gilt nicht, wenn Sie seit mindestens zehn Jahren ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben oder als Wehrpflichtiger (wie oben genannt) in einem der Staaten, deren Staatsangehörigkeit er besitzt, Wehrdienst geleistet haben.

3. Welche Besonderheiten sind für Geschäftsunfähige und Minderjährige zu beachten?

Ist die verzichtende Person geschäftsunfähig im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) oder ist für diese in dieser Angelegenheit ein Betreuer bestellt und ein Einwilligungsvorbehalt nach § 1825 BGB angeordnet, kann die Erklärung nur von einer vertretungsberechtigten Person und nur mit Genehmigung des deutschen Betreuungsgerichts abgegeben werden.

Ist die verzichtende Person minderjährig, kann die Erklärung nur von ihrer gesetzlichen Vertretung und nur mit Genehmigung des deutschen Familiengerichts abgegeben werden. Ist die verzichtende minderjährige Person handlungsfähig nach § 34 Satz 1 StAG, bedarf die Verzichtserklärung ihrer Zustimmung.

4. Wie gebe ich die Verzichtserklärung ab?

Der Verzicht ist schriftlich zu erklären. Verwenden Sie dazu bitte das bereitgestellte Antragsformular.

Zur Abgabe des Antrags nebst weiteren Unterlagen (in Folgenden der Vereinfachung halber: Antrag) bestehen drei Möglichkeiten:

1. Den ausgefüllten Antrag (siehe dazu Frage 5) können Sie persönlich bei der Bezirksregierung Detmold abgeben. Setzen Sie sich zwecks Terminfindung dazu bitte via E-Mail oder Telefon mit uns in Verbindung.
2. Ebenfalls können Sie den Antrag postalisch übersenden.
3. Daneben besteht auch die Möglichkeit, den Antrag bei Ihrer Gemeinde abzugeben. Von dort wird der Antrag an die zuständige Stelle bei der Bezirksregierung Detmold weitergeleitet.

Die Kontaktdaten finden Sie auf der Internetseite.

Für den postalischen Versand nutzen Sie bitte folgende Anschrift:

Bezirksregierung Detmold
Dezernat 21 – Staatsangehörigkeitsrecht
Leopoldstr. 15
32756 Detmold

5. Welche Unterlagen muss ich beifügen?

Neben dem Antragsformular werden zwingend folgende Unterlagen benötigt:

- Nachweis Ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit (z.B. gültiger Personalausweis, Reisepass)
- Nachweis Ihrer deutschen Staatsangehörigkeit (z.B. gültiger Personalausweis, Reisepass, Staatsangehörigkeitsausweis)
- aktuelle erweiterte Meldebescheinigung (nicht älter als 6 Monate).

6. In welcher Form muss ich die Unterlagen vorlegen?

Sofern Sie die oben genannten Unterlagen persönlich bei der Bezirksregierung Detmold abgeben, bringen Sie diese bitte im Original mit.

Sofern Sie die oben genannten Unterlagen postalisch übersenden oder bei Ihrer Gemeinde abgeben, sind amtlich beglaubigte Kopien dieser Unterlagen beizufügen. Das gilt nicht für die erweiterte Meldebescheinigung; diese kann im Original übersandt werden.

Bitte übersenden Sie daneben keine Originale! Ihre Pässe und Ausweise sind für Ihren persönlichen Gebrauch bestimmt und sollten daher stets persönlich mitgeführt oder sicher verwahrt werden.

7. Wo kann ich meine Unterlagen amtlich beglaubigen lassen?

Grundsätzlich darf jede Behörde Urkunden, die von einer Behörde ausgestellt wurden oder deren Abschrift zur Vorlage bei einer Behörde benötigt wird, beglaubigen (= amtliche Beglaubigung). Personenstandsurkunden (Bescheinigung über Geburt, Eheschließung, Lebenspartnerschaft, Tod u.Ä.) sind jedoch von der amtlichen Beglaubigung ausgenommen. Diese können beim ausstellenden Standesamt unbegrenzt neu ausgestellt werden.

Behörden, die nicht auf größeren Publikumsverkehr eingestellt sind, können davon absehen, amtliche Beglaubigungen durchzuführen. Ausnahmslos können jedoch die Gemeinden als verpflichtet angesehen werden, Beglaubigungen vorzunehmen. Wenden Sie sich daher zur amtlichen Beglaubigung an Ihre Meldebehörde (= Gemeinde).

8. Was ist bei fremdsprachigen Dokumenten zu beachten?

Sofern Sie fremdsprachige Dokumente vorlegen, sind diese von ermächtigten Übersetzer/innen zu übersetzen. Die Ermächtigung erfolgt durch das Oberlandesgericht Hamm.

Unter nachfolgendem Link finden Sie eine Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank, mithilfe dieser Sie ermächtigte Übersetzer/innen recherchieren können:

<https://www.justiz-dolmetscher.de/Recherche/de/Suchen>. Zuständiges Gericht ist hier das Oberlandesgericht Hamm.

9. Wie erhalte ich meine Urkunde?

Wenn die Voraussetzungen für den Verzicht vorliegen, erhalten Sie von uns einen Genehmigungsbescheid. Es wird eine Urkunde über den Verzicht auf die deutsche Staatsangehörigkeit ausgestellt, die Sie bei Ihrer zuständigen Einbürgerungsbehörde erhalten. Weitere Informationen dazu finden Sie zu gegebener Zeit in dem Bescheid.

10. Wieviel kostet der Verzicht?

Der Verzicht ist gebührenfrei (§ 28 Abs. 3 Nr. 4 StAG). Gegebenenfalls können an anderer Stelle Gebühren für die vorzulegenden Dokumente anfallen.

11. Wo finde ich Informationen zur Datenverarbeitung und zum Datenschutz?

Diese finden Sie auf unserer Internetseite unten auf der Startseite unter „Datenschutz“ bzw. unter folgendem Link: <https://www.bezreg-detmold.nrw.de/datenschutzhinweise>.

Sollten weitere Fragen bestehen, wenden Sie sich gerne unter den angegebenen Kontaktdaten an uns.